

Alles ist ausgestellt

Ein Museum in Chemnitz zeigt das Gesamtwerk von Otto Dix. Seite 13



Alle dürfen abstimmen

Wer bekommt die Fußball-WM 2026? Die FIFA wählt auf neue Art. Seite 19

Alle Unis sind politisch

Über das Umsturzpotenzial an deutschen Hochschulen. Seite 3

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 13. Juni 2018

73. Jahrgang/Nr. 135

Bundesausgabe 1,90 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Ein Zeitfenster für Frieden

Alexander Isele über das Treffen von Trump und Kim

Ein bestens gelaunter Kim Jong Un, ein bestens gelaunter Donald Trump: Die Bilder aus Singapur täuschen darüber hinweg, dass die Übereinkunft wenig Konkretes festhält (nukleare Abrüstung gegen Sicherheitsgarantien) und vor allem auf der persönlichen Verpflichtung der beiden Staatschefs beruht. Dabei hat die Vergangenheit gezeigt, dass beide nur allzu gern auf ihr Geschwätz von gestern pfeifen.

Der Gipfel könnte aber trotzdem der Beginn eines Wandels in der Sicherheitsarchitektur Nordostasiens sein, ein Zeitfenster für Veränderung tut sich auf. Die vage gehaltene Ankündigung Trumps, die USA würden zukünftig keine Militärmanöver auf der koreanischen Halbinsel mehr abhalten, mitsamt einer verklausulierten Truppenabzugsankündigung, lassen den Druck auf die konservativen Hardliner in Südkorea und Japan steigen, künftig allein für die Kosten ihrer militärischen Stärke aufkommen zu müssen – auch in den Hauptstädten Europas kennt man das erklärte Ziel Trumps, das er auf der Pressekonferenz in Singapur zum wiederholten Mal sagte, nicht länger für die Verteidigung Europas bezahlen zu wollen.

Für Nordkorea ist der Gipfel schon deshalb ein riesiger Erfolg, die Chancen auf ein Friedensabkommen mit dem Süden steigen. Das Zeitfenster dafür ist allerdings begrenzt, denn auch mit Blick auf China dürfte keine andere US-Administration (schon gar nicht eine der Demokraten) dazu bereit sein, ihre wichtigsten Militärstützpunkte in Ostasien aufzugeben.

UNTEN LINKS

So ein **Migrationshintergrund** beschränkt einem immer wieder unerwartete Augenblicke. Die Verwunderung über das Lob, als in Deutschland Geborener die Landessprache auch tatsächlich zu beherrschen, flaut nach einigen Malen etwas ab. Erstaunlich wird es allerdings, wenn nach mehreren Jahrzehnten absoluter Ignoranz der Sachbearbeiterin des Bürgeramtes bei der Beantragung eines Passes auffällt, dass die geforderte leserliche Unterschrift so ein komisches Ding auf dem S hat. Gedruckt sieht das dann so aus: S. Steht sogar in der Geburtsurkunde. Doch den Passbehörden war es bisher immer zu anstrengend, das Sonderzeichen herauszusuchen. Die neue Aufmerksamkeit wirkt zunächst erfreulich. Ob sie größerem Respekt oder schärferen internen Vorschriften geschuldet ist, bleibt jedoch offen. In der B-Note gibt man als Kunde allerdings deutliche Abzüge, wenn man deswegen noch einmal extra antanzen muss. Die gelungene Überraschung ist aber respektabel. *nic*

Zwei, die sich gefunden haben

Donald Trump und Kim Jong Un unterzeichnen Vereinbarung in Singapur



Denuklearisierung gegen Sicherheitsgarantien: Kim Jong Un (li.) und Donald Trump in Singapur

Foto: Reuters/Jonathan Ernst

Berlin. Ein historischer Handschlag bei einem historischen Treffen: Zum ersten Mal haben sich die Staatschefs der USA und Nordkoreas getroffen. In Singapur unterschrieben Donald Trump und Kim Jong Un eine Erklärung, in der sie sich auf gemeinsame Bemühungen »zur Schaffung eines dauerhaften und stabilen Friedensregimes auf der koreanischen Halbinsel« einsetzen. Darüber hinaus verpflichtet sich Nordkorea zur Denuklearisierung, im Gegenzug geben die USA auf Sicherheitsgarantien. Wie die Vereinbarungen konkret umgesetzt werden sollen, steht allerdings nicht in der Erklärung. Präsident Trump wies seinen Außen-

minister Mike Pompeo noch in Singapur an, daran zu arbeiten. Die Sanktionen gegen Nordkorea sollen allerdings so lange aufrechterhalten werden, bis konkrete Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung Nordkoreas stattgefunden haben.

Auf einer Pressekonferenz nach dem Gipfel erklärte Trump, dass die Einstellung gemeinsamer Manöver von US- und südkoreanischen Streitkräften Teil der vereinbarten Sicherheitsgarantien sei. Auch sagte Trump, dass die US-Truppen in Südkorea sich nach ihrer Heimat sehnten. In Südkorea reagierte die Regierung mit Verwunderung über die Aussa-

gen und bat um Aufklärung. Die USA haben derzeit 28 500 Soldaten in Südkorea stationiert und betreiben dort ihre wichtigsten Militärstützpunkte in Ostasien.

International riefen der Gipfel und die vereinbarte Friedensabsicht positive Reaktionen hervor, allerdings wurde auch kritisiert, dass keine konkreten Pläne zur Umsetzung des Abkommens vertraglich vereinbart wurden. Nordkoreas wichtigster Verbündeter China hat nach dem Gipfel zur »vollständigen Denuklearisierung« der koreanischen Halbinsel aufgerufen und einen Friedensmechanismus angemahnt. *nd* Seiten 2, 4 und 7

Aus Furcht vor »Kettenreaktionen«

Das Bundesverfassungsgericht bestätigt das geltende Streikverbot für verbeamtete Lehrer

Der Staat sorgt für seine Beamten, und diese sind ihm dafür treu ergeben – und streiken nicht. So war es, so ist es und so soll es auch in Zukunft sein, bestimmen die Verfassungsrichter.

Von Ines Wallrodt

Um abgrundtiefe Enttäuschung auszudrücken, braucht es nicht viele Worte. Keine zehn Zeilen lang war der Kommentar der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur Entscheidung des Bundesverfassungsgericht, dass verbeamtete Lehrer auch künftig nicht streiken dürfen. Seit den 70er Jahren setzt sich die Gewerkschaft dafür ein. Doch anders als erhofft, wiesen die Karlsruher Richter nun sämtliche Argumente der Lehrer zurück, die wegen der Teilnahme an Streiks Disziplinarstrafen erhalten und dagegen geklagt hatten. Nicht einen Punkt schenkten sie ihnen, abgesehen von der höchstrichterlichen Er-

mahnung des Dienstherrn, bei der Alimentation großzügig zu sein. Demnach verstößt der deutsche Sonderweg beim Beamtenrecht weder gegen das Grundgesetz noch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

An die Prüfung dieser Vereinbarkeit hatten sich einige Hoffnungen geknüpft. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg hatte vor einigen Jahren geurteilt, dass Beamte, die – anders als etwa Polizei und Militär – nicht hoheitlich tätig sind, durchaus streiken dürfen. Aus Sicht der Lehrer trifft das auf sie zu, denn das Funktionieren des Staatswesens ist durch Unterrichtsausfall nicht gefährdet.

Die deutschen Verfassungsrichter zählen die Lehrer nun aber doch einfach zum Teil der »hoheitlichen Staatsverwaltung« und erklären, ihr Streikverbot diene dazu, das Grundrecht auf Bildung zu gewährleisten. Vor allem aber erneuern sie mit ihrem Urteil das

althergebrachte Bild des Berufsbeamtentums und rüsten dafür richtig auf. Mit dem Streikrecht stehen und fallen demnach Treuepflicht, Lebenszeit- sowie Alimentationsprinzip. Eine Änderung an dieser Stelle würde »eine Kettenreaktion in Bezug auf die Ausgestaltung des Beamtenverhältnisses auslösen und wesentliche beamtenrechtliche Grundsätze und damit zusammenhängende Institute in Mitleidenschaft ziehen«, warnen die Richter. Besoldung per Gesetz, gerichtliche Überprüfung wären folglich passé.

Ob dieser Zusammenhang wirklich so zwingend ist – in europäischen Nachbarländern sind Streikrecht und Alimentationsprinzip beispielsweise durchaus vereinbar –, bleibt eine offene Frage, ob Veränderungsdruck auch wünschenswert sein könnte, eine andere. Der Bundesregierung hat Karlsruhe mit dem Urteil in jedem Fall ein großes Geschenk gemacht. Auch die nicht im

DGB organisierten Berufsverbände zeigten sich erleichtert. »Sonst wären Beamte im Schulbereich ein Auslaufmodell geworden«, erklärte etwa der Deutsche Lehrerverband. Den Klägern bleibt juristisch noch der Weg nach Straßburg. Man werde das Urteil eingehend prüfen und dann über die weiteren Schritte entscheiden, sagt die GEW. Das letzte Wort ist vielleicht noch nicht gesprochen.

Kommentar Seite 4

Lesen Sie heute im Ratgeber

Pflege: Ist Pflegegeld zu versteuern?

Was Studierende wissen sollten: BAföG

Geld: Girokonten speziell für Jugendliche

Union streitet wieder über Asyl

CSU fordert von Merkel strikte Anwendung des Dublin-Abkommens

Berlin. Im Unionsstreit über die von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) vorgeschlagene Zurückweisung von Migranten an der deutschen Grenze zeigt sich seine Partei kompromisslos. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) forderte von Kanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel Mut zur Veränderung in der Asylpolitik. »Wer sagt, 2015 darf sich nicht wiederholen, muss jetzt handeln«, sagte Söder.

Seehofers Plan sieht vor, Asylsuchende an der deutschen Grenze abzuweisen, die bereits in einem anderen EU-Land mit ihren Fingerabdrücken registriert sind. Merkel warnt vor einem deutschen Alleingang und setzt auf europäische Lösungen.

Die SPD lehnt Pläne zur verstärkten Kontrolle von Flüchtlingen an der deutschen Grenze ab. »Wenn wir jetzt flächendeckend an den Grenzen kontrollieren, dann machen wir das kaputt, was eine Errungenschaft in Europa ist, nämlich unsere offenen Grenzen«, sagte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl. *dpa/nd* Seite 5

CDU: Organspende neu regeln

Krankenkassenkarte könnte künftig als Spenderausweis dienen

München. Die Union will den Organspendeausweis aus Papier durch ein kleines Herz auf der Krankenkassenkarte ersetzen. »Die Krankenkassen sollen die persönlichen Wünsche ihrer Versicherten abfragen, bevor sie neue Karten verschicken«, sagte der CSU-Abgeordnete Stephan Pilsinger der »Süddeutschen Zeitung«. In einem Eckpunktepapier schlagen Unionsabgeordnete zudem ein Zentralregister vor, »das alle Personen aufführt, die bereit sind, Organe zu spenden«.

Demzufolge sollen künftig alle Ärzte Zugang zu einem solchen Register haben. Bislang gibt es keine Liste potenzieller Organspender. Pilsinger sprach sich gegen einen Vorschlag des SPD-Gesundheitspolitikers Karl Lauterbach aus, dass jeder, der einer Spende nicht ausdrücklich widerspricht, als Spender in Frage kommt. Stattdessen sollten die Abläufe in den Kliniken verbessert werden, sagt er. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat angekündigt, nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Organspende vorzulegen. *epd/nd*

Deutsche Waffen befeuern Kriege

Friedensforscher fordern Diplomatie statt Rüstungsexporte

Berlin. Die internationale Gemeinschaft ist immer weniger in der Lage, weltweit für Frieden und Sicherheit zu sorgen. »Von einer stabilen und gerechten Friedensordnung ist die Welt gegenwärtig weit entfernt«, heißt es in dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Friedensgutachten 2018 mit dem Titel »Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie, weniger Rüstungsexporte«. Zwischen 2012 und 2015 sei die Zahl der Bürgerkriege von 32 auf 51 gestiegen – auf das höchste Niveau seit 1945. Deutsche Rüstungsgüter spielen in aktuellen Kriegen eine wesentliche Rolle, heißt es weiter. Die Wissenschaftler fordern die Bundesregierung auf, Waffenexporte zu reduzieren und sich diplomatisch stärker einzubringen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Das Gutachten, das von führenden deutschen Instituten gemeinsam erstellt wird, zeichnet für dieses Jahr ein düsteres Bild mit »neuen Konfliktlinien und -akteuren in Afghanistan und Syrien sowie neu aufflammenden Konflikten«. *epd/nd* Seite 7

